

## Vier Zeilen Unsinn extra für die Apotheker

**BZ-GASTBEITRAG: Lüder Gerken kritisiert die schwarz-gelbe Klientelpolitik, die zu Lasten der Bevölkerung gehe**

Wundern Sie sich darüber, wie oft eine Apotheke ein benötigtes Medikament nicht vorrätig hat und es bestellen muss? Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Das hat Schwarz-Gelb den Apothekern versprochen. Der Reihe nach: In Deutschland dürfen nur natürliche Personen eine Apotheke betreiben, Aktiengesellschaften nicht (Fremdbesitzverbot); außerdem dürfen höchstens vier Apotheken derselben Person gehören (Mehrbesitzverbot). Beides soll Apothekenketten verhindern. Im Koalitionsvertrag steht auf gut vier Zeilen: „Die flächendeckende und sichere Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln hat für uns hohe Priorität. Die freiberuflichen Apothekerinnen und Apotheker spielen für eine gute Arzneimittelversorgung eine zentrale und wichtige Rolle. Eine Änderung des bestehenden Mehr- und Fremdbesitzverbotes lehnen wir deshalb ab.“

So viel Unsinn auf so wenig Raum findet man selten: Das Fremd- und Mehrbesitzverbot hat mit einer „flächendeckenden“, „sicheren“ und „guten“ Arzneimittelversorgung nichts zu tun. Im Gegenteil: Es schützt die Apotheker vor Wettbewerb und schadet den Verbrauchern.

„Flächendeckende Versorgung“: In Freiburg gibt es 76 Apotheken, 18 in der Innenstadt – ziemlich viel auf so kleinem Raum. Große Apothekenketten würden

sicher etliche davon verdrängen. Aber: Wären für den Verbraucher 30 große Apotheken mit einem umfassenden Sortiment nicht besser als 76 kleine, die oft die benötigten Medikamente erst noch bestellen müssen? Apothekenketten würden übrigens nur dort eine Konzentration auslösen, wo die heutige Dichte unwirtschaftlich ist. Dorfapotheken werden nicht durch Ketten bedroht, sondern dadurch, dass immer mehr Menschen in den Städten einkaufen.

„Sichere Versorgung“: Natürlich muss man Medikamente auch nachts und sonntags bekommen können. Das hat aber mit der Rechtsform nichts zu tun. Apothekenketten könnten die Nacht- und Wochenenddienste sogar besser organisieren, weil sie deutlich mehr Personal hätten.

„Gute Versorgung“: Die Behauptung, hochwertige Beratung sei nur in freien Apotheken möglich, ist grundfalsch. Zum einen verlangt das Apothekengesetz, dass jede Apotheke von einem Apotheker geleitet wird. Apothekenketten müssten daher für jede Filiale einen einstellen. Das

wäre nichts Neues: Ein Apotheker, dem vier Apotheken gehören, beschäftigt auch drei Kollegen als Angestellte. Zum anderen könnten sich Apothekenketten keine minderwertige Beratung erlauben, da sie im Wettbewerb um die Verbrauchergunst stehen. Im Gegenteil könnten sich in großen Filialen Mitarbeiter spezialisieren und so die Beratungsqualität sogar steigern.

Verfehlt ist auch die Behauptung, dass freie Apotheken auf das Wohl des Kunden, Ketten dagegen auf den Umsatz achteten. Denn gerade der selbständige Apotheker trägt das komplette wirtschaftliche Risiko allein. Mit seinem Umsatz muss er die Gehälter seiner Angestellten, die Miete und andere Fixkosten sowie seinen eigenen Unterhalt erwirtschaften. Er steht daher unter Umsatzdruck.

Ein angestellter Apotheker dagegen bezieht ein Festgehalt und hat daher zunächst gar keinen Grund, den Umsatz vor das Kundeninteresse zu stellen. Zwar würde der Vorstand einer Apothekenkette Umsatzziele setzen. Dieser Umsatzdruck allerdings dürfte zumindest nicht

größer sein als der eines selbstständigen Apothekers. Außerdem zieht man einen Kunden nur einmal über den Tisch; danach kauft er woanders.

Zu einer „guten Versorgung“ gehören – was gerne verschwiegen wird – auch niedrige Preise. Dank ihrer Größe hätten Apothekenketten eine stärkere Verhandlungsposition und könnten Arzneimittel billiger einkaufen. Außerdem würde nicht jede Apotheke eigene Systeme für die Buchführung oder die Abrechnung der Rezepte vorhalten müssen. All das senkt die Kosten. Der Wettbewerb um die Endkunden würde Apothekenketten dazu zwingen, ihre Kostenvorteile zumindest zum Teil über niedrigere Preise an die Endverbraucher weiterzugeben.

### Die Masse der Apotheker wählt Union oder FDP

Ökonomisch sind die vier Zeilen im Koalitionsvertrag also Unsinn. Politisch ergeben sie dennoch Sinn: Die große Masse der selbstständigen Apotheker wählt konservativ oder liberal. Und für dieses wichtige Wählerpotenzial will man etwas tun – auf Kosten der übrigen Bevölkerung.

– Lüder Gerken ist Vorsitzender der Stiftung Ordnungspolitik und der Hayek-Stiftung.



Lüder Gerken FOTO: BZ